

## Arbeitsmarkt

von Hauke Wagner, Jusos Hamburg

**Pragmatische Linke:**  
**Die progressive Kraft der Jusos.**

[pragmatische-linke@web.de](mailto:pragmatische-linke@web.de)

Vor effektiver Arbeitsmarktpolitik muss die Anerkennung der gegebenen Strukturen stehen. Dabei bleibt unser Ziel Vollbeschäftigung, gleichzeitig wollen wir nach Wegen suchen, die Entwicklung hin zu neuen Arbeitsverhältnissen – Zeitarbeit, Teilzeit, Minijobs – sozial- und arbeitsmarktpolitisch abzusichern. In den letzten Jahren hat die Zahl derjenigen Personen zugenommen, die trotz Erwerbstätigkeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Das betrifft insbesondere jüngere Menschen, wobei die aktuelle Diskussion über die „Generation Praktikum“ nur einen von vielen Punkten herausgreift.

Darüber hinaus haben die Tarifabschlüsse der letzten zehn Jahre – im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten – zu einer Senkung der Reallöhne geführt. Zudem belegen Studien, dass die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland kaum verwirklicht ist. Noch immer sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bei vergleichbarer Tätigkeit hoch. Nur wenige Frauen finden den Weg in Führungspositionen. Diese Ungleichheit zu überwinden und hier Geschlechtergerechtigkeit herzustellen ist untrennbarer Bestandteil unserer Idee von „zukunftsfähiger Arbeit“.

Arbeit dient der selbst bestimmten Lebensführung. Sie muss in den Lebensunterhalt sichern, qualifizieren und dafür sorgen, dass jeder Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Wir wollen sichere, humane und gerechte Arbeit.

Dem Staat kommt eine gestaltende Rolle, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu, indem er Rahmenbedingungen hierfür so optimal wie möglich ausgestaltet. Das ist die Gestaltung der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen auf der einen, sowie die gesetzgeberische Rahmengestaltung der Marktwirtschaft auf der anderen Seite.

Der Anstieg atypischer Beschäftigungsformen bietet für die Beschäftigten sowohl Chancen als auch Risiken. Wer politisch gestalten will, muss hier vor allem Chancen suchen. Für hoch qualifizierte, flexible Arbeitnehmer jüngeren Alters, auch und gerade Frauen, können Zeitarbeit, Teilzeit oder kurze Phasen der Selbständigkeit einen Einstieg in den Arbeitsmarkt darstellen; für gering Qualifizierte sind sie oftmals ein kurzfristiger Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Für Unternehmen wiederum stellen

viele neue Arbeitsmodelle einen Anreiz dar, Mitarbeiter einzustellen. Dies betrifft insbesondere die Zeitarbeitsbranche. Im sekundären Sektor können so Produktionsspitzen aufgefangen werden.

Gleichzeitig bringt die Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ soziale, gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Probleme mit sich. Diese können je nach Arbeitsverhältnis ganz unterschiedliche Gestalt annehmen. Hierzu zählt die Aufstockung von Teilzeitbeschäftigung durch ALG II ebenso wie die Gefährdung von tariflich und sozial abgesicherten Dauerarbeitsplätzen durch Zeitarbeit.

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt lässt sich nicht wegdiskutieren. Das „Normalarbeitsverhältnis“, d.h. die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Vollzeit, erodiert. Arbeitsverträge basieren auf Teilzeit oder Solo-Selbständigkeit und der Anspruch an die örtliche und zeitliche Flexibilität der Arbeitnehmer wird größer. Der Wandel der Arbeitsverhältnisse ist auch Bedingung einer neuen Lebenswirklichkeit. Der häufig wechselnde, oft nicht Existenz sichernde Arbeitsplatz ist nicht mehr die ausschlaggebende Identifikationsschablone für das eigene Leben, sondern ein Aspekt unter vielen. Arbeit ist nicht Lebensinhalt, sondern dient der Selbstverwirklichung. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses schafft also auch eine soziokulturelle Realität. Nicht Flexibilität selbst ist das politische Problem, sondern dessen mangelnde soziale Ausgestaltung. Dieser Verhältnisse gilt es sich anzunehmen um Flexibilität und Sicherheit zu verbinden.

Das kann gewährleistet werden durch individuelle Förderung durch mehr und besser qualifizierte Fallmanager. Das Verhältnis zwischen Arbeitssuchendem und Fallmanager muss auf gegenseitig bestehenden Rechten und Pflichten beruhen. Wir wollen eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe. Die Arbeitsvermittlung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren.

Es muss eine stärkere Regulierung von Leiharbeitsverhältnissen geben. Unverzichtbar ist hierbei insbesondere der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Außerdem müssen sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen ausgebaut werden, um Lücken in der Erwerbstätigkeit zu überbrücken.

Im Bezug auf moderne Gewerkschaften kann es in der heutigen Situation zur Einheitsgewerkschaft als schlagkräftiger Arbeitnehmervvertretung keine Alternative

geben. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen haben es die Gewerkschaften bislang nicht geschafft, auch Arbeitssuchende, Teilzeitbeschäftigte und Freiberufler (bspw. Solo-Selbständige) von sich zu überzeugen. Um eine politische Größe zu bleiben, müssen sie auch und gerade für diese Gruppen attraktiver werden. Gewerkschaften, die ihrer Verpflichtung zur Wahrung von Arbeitnehmerinteressen nicht gerecht werden, konterkarieren diesen Ansatz.

Von Arbeit muss man leben können! Wir pragmatischen Jusos stehen für die Überzeugung, dass Vollzeitberufstätigkeit eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen muss. Ist dies nicht gegeben, muss über alternative Modelle nachgedacht werden. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist einer der Kerninhalte einer sozialen Wirtschafts- und Familienpolitik, die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ernst nimmt. Was Menschen als ihre Familie definieren, unterliegt allein ihren individuellen Wertvorstellungen. Für uns sind klassische Mann-Frau-Beziehungen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, alleinerziehende Elternteile und sonstige individuelle Lebensentwürfe gleichwertig.

Der Staat ist allerdings dort gefordert, wo aufgrund wirtschaftlicher Zwänge das soziale Zusammenleben gefährdet ist. Auch die Unternehmen müssen entsprechende Strukturen schaffen. Eine berufliche Tätigkeit darf niemals ein geregelter Familienleben verhindern. Das ist eine Grundvoraussetzung für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Soziale Spannungen entstehen dort, wo die Erwerbsarbeit das familiäre oder partnerschaftliche Leben beeinträchtigt und zurückdrängt.

Erwerbsarbeit darf nicht der einzige Lebensinhalt sein, sondern sie muss Platz für ein Privatleben lassen. Sie muss so gestaltbar sein, dass sie auch individuelle Lebensentwürfe ermöglicht.

Die Unternehmensmitbestimmung (bspw. Mitbestimmung im Aufsichtsrat) ist nicht nur ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsdemokratie, sondern vielmehr Garant für soziale Stabilität und essenzielle Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus ist die deutsche betriebliche Mitbestimmung einer der Standortvorteile Deutschlands. Auch aus diesem Grund muss die Mitbestimmung im jetzigen Umfang

**Pragmatische Linke:**  
**Die progressive Kraft der Jusos.**

[pragmatische-linke@web.de](mailto:pragmatische-linke@web.de)

beibehalten und europaweit erweitert werden, um den Arbeitnehmervertretern Gestaltungsspielraum zu sichern.